

„Familienarbeit wird nicht als Arbeit gesehen“

Teilzeit und Vollzeit sind „extrem ungleich verteilt“ zwischen den Geschlechtern — CSU-Stadtrat: Erziehung wird outgesourct

VON SABINE STOLL

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Luft nach oben. Denn oft läuft es auf die klassische Rollenverteilung hinaus: Männer arbeiten Vollzeit, Mütter in Teilzeit oder gar nicht. „Das ist extrem ungleich verteilt“, findet Sozialreferent Reiner Pröbß. Auch die Rathaus-Parteien sehen Defizite.

Die Ergebnisse aus dem dritten Familienbericht lieferten den Anstoß für diese Debatte im Stadtrat. Denn beim Thema Arbeit geht es in Nürnberger Familien ziemlich klassisch zu. 81 Prozent der Männer arbeiten in Vollzeit, aber nur 16 Prozent der Mütter. Jede dritte Frau, die ein Kind bekommen hat, ist gar nicht erwerbstätig (*wir berichteten*).

Der Familienbericht offenbare „in dramatischer Deutlichkeit“, dass es bei der Frage, wer arbeitet Teilzeit, eine extrem ungleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern gebe, so Sozialreferent Reiner Pröbß (SPD).

Das sieht auch Sonja Bauer so, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Ein gutes Drittel der Frauen ist nicht erwerbstätig: Welche Auswirkungen das auf die Rente hat, wissen wir alle, zumal Frauen für die gleiche Arbeit immer noch weniger Lohn erhalten.“

Zu wenig gewürdigt

Bauer wurmt, dass „Familienarbeit nicht als Arbeit gesehen wird. Familienarbeit sollte in unserer Gesellschaft mehr gewürdigt werden.“ Die SPD-Stadträtin macht auch darauf aufmerksam, dass 18 Prozent der Kinder in Nürnberg auf Hartz IV angewiesen sind. „Auch das hat etwas mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun.“ Arbeitgeber müssten sich bewegen, fährt sie fort.

Linken-Stadtrat Titus Schüller stößt in dasselbe Horn. „Die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf zu gewährleisten, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.“ Das gelte gerade auch für Alleinerziehende. „Die kämp-



Schnell noch ein Telefonat, rasch noch die Mails abrufen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen immer noch ein Spagat, der im Home-Office nicht unbedingt leichter wird. Foto: Silvia Marks

fen tagtäglich mit Armut und sind akut von Altersarmut betroffen.“

Schüller lobt die Stadt zwar dafür, dass sie die Kita-Plätze für unter Dreijährige auf 48 Prozent hochfahren will. Er macht jedoch auch auf München aufmerksam: Die Landeshauptstadt will die Kindergartengebühren abschaffen. „Wann tut sich da endlich etwas in Nürnberg?“, fragt er.

Wolfram Scheurlen, familienpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, sieht es dagegen kritisch, „dass wir die Erziehung unserer Kinder outsour-

cen“. „Was passiert da eigentlich mit den Kindern?“ Würden sie „aus wirtschaftlichem Zwang heraus“ in der Kita untergebracht „oder freiwillig, weil beide Geld verdienen wollen?“ Diese Fragen stellt er in den Raum.

Dass Frauen nach der Geburt erst einmal zu Hause bleiben und Männer arbeiten, sieht Scheurlen denn auch weniger als gesellschaftliches Problem, sondern dem „biologischen Phänomen“ geschuldet, „dass Väter halt nicht stillen können“.

Scheurlens Aussagen provozieren

erwartungsgemäß Widerspruch im Stadtrat. „Ich habe nicht das Gefühl, dass ich die Erziehung abgebe, wenn ich Kinder in die Betreuung gebe“, erwidert Grünen-Stadträtin Andrea Friedel. „Der Großteil der Erziehung liegt sehr wohl bei uns Eltern.“ Friedel fordert, dass Kitas länger offen haben und sich besser an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Friedel hielt es aber für den falschen Weg, Kita-Gebühren ganz abzuschaffen. Das Geld solle lieber in die Qualität investiert werden, findet sie.

Auch FDP-Stadtrat Alexander Liebel will Scheurlens Aussagen so nicht stehen lassen. „Ich maße mir nicht an, einer Familie vorzuschreiben, wie sie Erziehung organisiert, zumal manche Familien gar keine Alternative haben.“ Man müsse Frauen ermöglichen, Arbeit und Familie zu vereinbaren. „Wie sollen sich Frauen Renten aufbauen, wenn sie nicht in der Lage sind, entsprechend zu arbeiten?“

Auch Sozialreferent Pröbß hielt es für falsch, den Eltern etwas vorzuschreiben. „Und die biologische Frage des Stillens kann man auch lösen.“ Wenn Arbeitgeber mitspielen, dann ließe sich auch Stillen mit Berufstätigkeit vereinbaren, meint er.

Kita-Gebühren bleiben

In Sachen Gebührenfreiheit macht Pröbß allerdings wenig Hoffnung, auch wenn die Gebührenfreiheit perspektivisch die „völlig richtige politische Forderung für alle Bildungseinrichtungen“ ist, wie er findet. Der Sozialreferent ist angesichts knapper Mittel aber der Auffassung, dass das Geld in die Qualität der Kitas fließen soll. Zumal schon heute über 50 Prozent der Kinder in Kitas keine oder nur reduzierte Gebühren zahlen.

2021 will das Sozialreferat einen Familienbericht veröffentlichen, der sich ausdrücklich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt. Womöglich ist bis dahin auch die Quote der Männer gestiegen, die in Elternzeit gehen. Denn auch beim Elterngeld spiegelt sich die eingangs diagnostizierte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wider.

Männer beschränken die Elternzeit oft auf zwei Monate. Da müsse noch Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass auch Väter das Elterngeld stärker in Anspruch nehmen, sagt Pröbß. „Man müsste sich auch die gesetzlichen Regelungen näher anschauen, ob da nicht falsche Anreize geschaffen werden.“ Anreize, die am Ende dazu führen, dass Frauen länger zu Hause bleiben, weil sie diejenigen sind, die weniger verdienen.